

Reden verboten

Ein Arbeitskonflikt — um die Photokopieranstalt Grunwick — steigerte sich zum Klassenkampf.

Für den „Daily Telegraph“ „steht die Freiheit auf dem Spiel“ im Norden Londons, in England '77. Wenn nicht die Freiheit, so steht doch auf dem Spiel, ob dieses England noch handlungsfähig bleibt.

Dabei hatte am Anfang nur ein Streik wie viele andere gestanden. Er begann am 23. August 1976, als die In-

Vor allem aber: keine Gewerkschaften. Deshalb beschäftigt Ward insbesondere solche Arbeitnehmer, die sich leicht einschüchtern lassen — Frauen, Farbige, Schulabgänger.

Doch an diesem 23. August des vergangenen Jahres meuterte Jajaben Desai — zunächst allein. Die Inderin verließ Punkt sechs das Fabrikgelände und schloß sich der Gewerkschaft Apex an. 137 von insgesamt 429 Arbeitnehmern taten es ihr nach, streikten gegen die entwürdigenden Arbeitsbedingungen — und wurden gefeuert.

Soweit ein klarer Fall. Die Gewerkschaft stellte Streikposten vor dem Fabrikgelände auf, und über mehrere Monate bemühten sich die Arbeiter, denen

tionsfähnen, sangesfreudig und schlagfest auf die feudale Festung Grunwick. Sie marschierten mit aufgekremelten Ärmeln, in der Erinnerung an vergangene Siege gegen die Ausbeutung durch das Kapital.

Doch was als Fest der Entschlossenheit und Siegeszuversicht gedacht war, wurde zur Schlacht. 4000 Polizisten warfen sich den Arbeitern entgegen. Es gab Schlägerei, 200 Festnahmen und schließlich das erste Opfer:

Von einer Milchflasche getroffen, lag ein blutender Bobby zwischen den Fronten bewußtlos auf der Straße. Beweis, wie die konservative „Daily Mail“ fand, „für das häßliche Gesicht der Gewerkschaften“.

Unterdessen drohte dem belagerten Unternehmer George Ward Gefahr von anderer Seite. Denn seit dem 13. Juni haben die 140 Postbeamten des zuständigen Amtes Cricklewood es abgelehnt, den Grunwick-Versand abzufertigen.

Zunächst erklärte die Postgewerkschaft den Streik für illegal. Doch als die Königliche Post die aufsässigen Angestellten suspendierte, sprang die Postgewerkschaft, nicht gerade konsequent, ein und zahlt seither den Lohn.

Grunwick stand nun vor dem finanziellen Ruin: Die Firma arbeitete zwar, konnte aber ihre entwickelten Filme und Vergrößerungen nicht mehr zustellen.

Da kam, Retter in der Not, John Gouriet, 44, einer der Führer der National Association for Freedom (NAFF), einer rechtsradikalen Pressure Group (SPIEGEL 6/1977), deren erklärter Feind die linken Gewerkschaften sind: „Wenn wir den Kampf um

Grunwick verlieren, dann heißt das: die Herrschaft des Mob, dann ist es vorbei mit der Demokratie in unserem Land.“

Also bot der Ex-Major seinem Geynennungsfreund George Ward die Hilfe der NAFF-Privatarmee von bürgerlichen Helfern an. Das Unternehmen erhielt den Namen „Pony Express“ in Erinnerung an die berühmten amerikanischen „Pony Express“-Reiter, die Post in zehn Tagen von Missouri nach Kalifornien (fast 4000 Kilometer) schafften.

Nachts um ein Uhr, als die Streikposten schliefen, rückte der NAFF-Führer mit zwei gemieteten Groß-Lkw von 22 Tonnen an. Hunderttausend entwickelte Filme wurden auf dem Werksgelände verladen, 90 Kilometer außerhalb Londons von 200 freiwilligen Hel-



Bus mit Arbeitswilligen, Polizei bei Grunwick: „Den Krieg gewinnen wir“

derin Jajaben Desai, wieder einmal, wenige Minuten vor Dienstschaft gegen sechs Uhr ohne Vorwarnung erfuhr, daß sie noch mehrere Stunden weiterarbeiten müsse.

Eigentlich nichts Besonderes in der Photokopieranstalt Grunwick im Londoner Stadtteil Willesden: Die Firma ist ein Postversandunternehmen und lebt davon, die Filme von Hobby-Photographen zu entwickeln. Der Wettbewerb in der Branche ist hart, und der anglo-indische Unternehmer George Ward, 46, der die Firma 1965 in einem abbruchreifen Haus aufgebaut hatte, wußte, worauf es ankam: schnell sein und billig.

Er behandelte seine Arbeiter entsprechend. Keine Dunkelkammer-Zulagen, schwangere Frauen durften nicht zum Arzt, Reden bei der Arbeit ist verboten.

es zunächst nur um ihre Wiedereinstellung ging, die arbeitswilligen Kollegen für ihren Standpunkt zu gewinnen. Doch die Restbelegschaft, eingeschüchtert vom Schicksal der Entlassenen, solidarisierte sich nicht.

Nach Monaten friedlichen, aber fruchtlosen Protestes vor den Werkstoren steigerte sich der Arbeitskampf jäh: Das Streikkomitee im Apollo Club in der High Road von Willesden appellierte an die Solidarität anderer Gewerkschaften — und die schickten Verstärkung.

Hunderte, schließlich Tausende, in der vorvergangenen Woche endlich 18 000 Arbeiter, angeführt von dem militanten Bergarbeiter Arthur Scargill, belagerten die Fabrik.

Gewerkschafter aus allen Landesteilen marschierten mit ihren Tradi-



Unternehmer Ward
Hilfe vom Major

fern frankiert und sortiert und dann auf Poststationen im ganzen Land aufgeben: „Generalstabsarbeit“, sagt Gouriet knapp, „da können die Gewerkschaften ihre ganzen Divisionen mobilisieren und pöbeln — den Krieg gewinnen wir.“

Zunächst freilich hatte Gouriet zweierlei erreicht: einerseits Entlastung für Grunwick, andererseits aber die Politisierung des Kampfes.

Unternehmer, rechtsradikale Gruppchen, konservativer Mittelstand auf der einen Seite — Gewerkschaften, rassische Minderheiten und linksradikale Splittergruppen auf der anderen unterstellten einander, sie verfolgten Umsturzpläne.

Im Unterhaus kam es zu Tumulten, so als der konservative Abgeordnete Norman Tebbit den linken Labour-Abgeordneten Eric Heffer in einer Grunwick-Debatte als „Braunhemd“ beschimpfte und der ihm daraufhin eine Tracht Prügel anbot. Vergeblich erließ Premier Callaghan Mäßigungsappelle.

Die rechtliche Lage ist unübersichtlich: Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1906 dürfen Streikposten Arbeitswillige auf dem Wege zur Arbeit im Gespräch über ihre Ziele aufklären — aber sie dürfen sie nicht am Betreten des Werksgebäudes hindern.

Als das Gesetz entstand, dachte noch niemand daran, wie Streikposten mit arbeitswilligen Kollegen diskutieren könnten, wenn diese in hohen Bussen und hinter Glasfenstern an ihnen vorbeifahren.

Und: Das Recht der Arbeiter, sich organisieren zu dürfen, und das Gesetz, das es ihnen fast 70 Jahre lang ermöglichte, wird von einem einzigen entschlossenen gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen grob mißachtet.

Obschon eine unabhängige Schlichtungskommission zu dem Ergebnis kam, daß die Arbeiter unrechtmäßig entlassen wurden, und obschon ein von George Ward einggerufenes Gericht das

Recht der entlassenen Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation bestätigte, gibt Ward nicht nach. Er will in die Berufung und nötigenfalls bis zum Obersten Gericht, dem House of Lords, gehen.

Ein häßlicher Zwischenfall verdeutlicht, wie sehr sich die Fronten versteift haben. Als sich eine blinde Grunwick-Arbeiterin mit ihrem weißen Stock durch die Streikposten auf das Werkstor zutastete, verschüchtert und unsicher und nicht auf die Vorwürfe eingehend, die ihr von rechts und links zugerufen wurden, fiel das böse Wort: „Eine Blinde geht zu den anderen Blinden.“

WELTHANDEL

An die Gurgel

Die Industriestaaten sind beim Abschirmen ihrer eigenen Unternehmen gegen fremde Konkurrenz überaus erfinderisch. Dem freien Welthandel stehen schlechte Zeiten bevor.

Europäer, Amerikaner und Japaner versprachen sich feierlich Wohlverhalten.

„Wir lehnen den Protektionismus ab“, gelobten die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten, Japans, der USA und Kanadas auf ihrem Westgipfel Anfang Mai in London. Denn staatliche Handelshemmnisse würden lediglich „die Arbeitslosigkeit verstärken, die Inflation vermehren und das Wohl unserer Völker mindern“.

Auch die Minister aus den 24 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris beteuerten Ende Juni auf ihrer Jahrestagung noch einmal, worauf sie schon vor über drei Jahren geschworen hatten: keine neuen Handelsschranken zu errichten, um etwa so ölpreisbedingte Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen.

Doch überall in Europa, den USA oder Japan sind solche Schwüre rasch vergessen. Ungeniert von den eigenen Bekenntnissen treten Politiker und Lobbyisten, Unternehmer und Gewerkschafter zur Offensive gegen den ungehemmten Warenaustausch an.

Die Methoden sind feiner geworden — feiner jedenfalls als die unüberwindlichen Zollbarrieren, rigorosen Importkontrollen und Abwertungswettläufe, die sich die Industriestaaten in den 30er Jahren leisteten. Die neuen Freihandelsgegner mühen sich, ihren Rückfall in den Protektionismus sorgsam zu kaschieren.

Ein „Arsenal heimlicher und raffinierter Dirigismustricks“ (Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages) steht bereit, um die ausländische Konkurrenz und den Zustrom unerwünschter



Gewerkschafter vor Grunwick: Sangesfreudig gegen die feudale Festung